

## Beschluss Prekäre Beschäftigungen abbauen

Antragsteller\*in: Cordula Maier (Lörrach KV)

Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

### 1 Prekäre Beschäftigung abbauen

2 „Unsichere und prekäre Beschäftigungsverhältnisse wollen wir abbauen.“ Dieser  
3 Satz findet sich im Koalitionsvertrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU in  
4 Baden-Württemberg und dort steht auch: „Wir werden Baden-Württemberg zu einem  
5 Musterland für gute Arbeit entwickeln. Das Land soll dabei eine Vorreiterrolle  
6 übernehmen, auf sachgrundlose Befristungen verzichten und junge Menschen im  
7 Praktikum angemessen vergüten. Wir stehen zu tariflich entlohnter Arbeit und zur  
8 Tariftreue.“

9 Diese Ziele wurden noch nicht umfassend erreicht. Auch in Baden-Württemberg gibt  
10 es trotz guter Konjunktur häufig unsichere und schlecht bezahlte Jobs.  
11 Beschäftigte arbeiten in der Leiharbeit, sie sind sachgrundlos befristet, mehr  
12 und mehr Menschen arbeiten als prekäre Soloselbständige, andere in  
13 unfreiwilliger Teilzeit oder im Minijob. Prekäre Beschäftigung belastet die  
14 Menschen. Viele leben in Unsicherheit und können ihr Leben nicht planen. Andere  
15 können von ihrem Lohn nicht leben. So galten im vergangenen Jahr 8,4 Prozent der  
16 abhängig Beschäftigten im Land – das sind 383.606 Frauen und Männer – als arm.  
17 Das heißt, ihr Haushaltseinkommen betrug weniger als 60 Prozent des  
18 Medianeinkommens. Das ist besorgniserregend. Denn ihr Anteil an allen  
19 Beschäftigten in Baden-Württemberg hat trotz guter Konjunktur zugenommen. 2005  
20 lag er noch bei 7 Prozent.

21 Gleichzeitig sinkt auch in Baden-Württemberg die Verbreitung von Tarifverträgen.  
22 Nur noch rund 50 Prozent der Beschäftigten arbeiten in einem Betrieb, in dem ein  
23 Flächentarifvertrag gilt. Die Arbeitgeber verabschieden sich immer häufiger aus  
24 der Tarifbindung. Deshalb begrüßt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, dass  
25 die Landesregierung die Bundesratsinitiative „Sozialpartnerschaft,  
26 Tarifautonomie und Tarifbindung stärken – Verantwortungsvolle Unternehmen  
27 schützen und fairen Wettbewerb sichern“ unterstützt hat. Die Landesregierung  
28 soll diesen Weg weitergehen. Wir wollen das Landestariftreue- und  
29 Mindestlohngesetz schärfen. Dort haben wir bereits 2013 die Tariftreue für die  
30 Unternehmen, die einen Auftrag vom Land oder den Kommunen erhalten wollen, in  
31 allen dafür europarechtlich zulässigen Sektoren vorgeschrieben. Wir wollen eine  
32 Kontrollinstanz etablieren, die Stichproben durchführt. Dies ist besonders im  
33 Bereich des Öffentlichen Verkehrs wichtig, damit bei anstehenden Vergaben von  
34 Busverkehren durch die Kommunen Dumpingangebote sicher ausgeschlossen werden und  
35 der Wettbewerb unter den Unternehmen fair ist.

36 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg spricht sich auch dafür aus, dass  
37 prekäre Beschäftigung effektiv zurückgedrängt wird. Zentral dafür ist, dass der  
38 gesetzliche Mindestlohn deutlich steigt. Die Landesregierung soll sich deshalb  
39 im Bundesrat für eine Reform des Mindestlohngesetzes einsetzen. Die Anpassung  
40 des Mindestlohns darf sich nicht weiter nur an der Tarifentwicklung orientieren.  
41 Ziel muss sein, dass der gesetzliche Mindestlohn vor Armut schützt.

42 Darüber hinaus fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg die  
43 Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die sachgrundlose

- 44 Befristung abgeschafft und Leiharbeit sozialverträglich ausgestaltet wird. Bei  
45 Leiharbeit muss Equal Pay ab dem ersten Tag gelten.
- 46 Baden-Württemberg soll Musterland für gute Arbeit werden. Die Landesministerien  
47 und Landesbehörden sowie die Kommunen und kommunalen Arbeitgeber sollen auf  
48 sachgrundlose Befristungen verzichten. Zudem fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
49 Baden-Württemberg die Landesregierung auf, Lehrer\*innen, die dies wünschen, in  
50 unbefristete Arbeitsverhältnisse zu übernehmen. Für Quereinsteiger\*innen sollen  
51 Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden.